

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertschätzlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 26 Pf., Familienanz. 16 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 58/54.

Berlin, Sonnabend, 3. Juli 1915.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Das deutsche Wirtschaftsleben nach dem Kriege. —
Not macht erfindlich. — Ministerialelaß für Kriegs-
invalidenfürsorge in Preußen. — Allgemeine Rundschau.
— Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Literatur.
— Briefkasten. — Anzeigen.

Das deutsche Wirtschaftsleben nach dem Kriege.

In zwei Aufsätzen haben wir kürzlich unsere volkswirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege erörtert. Es war darauf hingewiesen worden, daß auch nach einem siegreichen Kriege vielfach neue Wege in der deutschen Finanzpolitik eingeschlagen werden müßten, weil selbst der günstigste Friede uns die erreichbar höchste Kriegskostenentschädigung uns vorausichtlich nicht annähernd die Mittel bieten können, deren wir bedürfen, um alle wirtschaftlichen Schädigungen, die wir erlitten haben, auszugleichen und alle die Aufgaben zu erfüllen, die uns die Pflicht der Dankbarkeit gegenüber den Sinterbliebenen der Kriegsgesessenen und den Kriegsschädigten auferlegt. Wir haben dann verschiedene Monopol- und Steuerpläne erwähnt, die voraussichtlich später in Vorschlag gebracht werden. Heute sei auf eine Frage hingewiesen, die sicherlich noch zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird, nämlich die Besteuerung der großen Kriegsgewinne. Nicht der kleine Handwerksmeister und Fabrikant, die mit Mühe von dem gewaltigen Geldstrom der Kriegslieferungsgewinne einige Tropfen in ihre Tasse geleitet haben, sollen besteuert werden, sondern, wie die „Soz. Korresp.“ in einem beachtenswerten Artikel hervorhebt, die großen Spekulanten, die großen Verdiener, die ohne erhebliche Mühe in wenigen Monaten Vermögen zusammenzuschlagen und deren Gewinn sich nach Hunderttausenden und hier und da wohl auch auf Millionen bezieht. Gleich nach dem Beginn des Krieges entwickelte sich eine wilde Spekulation, die bei dem plötzlichen starken Bedarf des Reiches die Preise auch solcher Bedarfsgegenstände gewaltig in die Höhe trieb, an denen voraussichtlich in Deutschland niemals Mangel sein wird. Ist doch selbst der Zuckerspreis gestiegen. Das Reich ist durch diese Spekulation ungeheuer ausgebeutet. Es befand sich in einer Zwangslage. Sein Bedarf an Militärausrüstungsgegenständen, an Lebensmitteln für das Heer mußte unbedingt und schnell gedeckt werden. Die Schnelligkeit der Lieferung war die Hauptsache, der Preis zunächst nebensächlich. So schnell er schwindend in die Höhe. Die Rüstungsindustrie verdiente so gewaltige Summen, daß die Dividenden mancher Gesellschaften wie nie vorher answollen und man sich vielfach Mühe gab, um den großen Gewinn nicht zu auffällig zu machen, ihn durch überreiche Abschreibungen und sehr große Reservebestellungen zu verschleiern. Die „Frankfurter Zeitung“ behauptet, daß nach dem Urteil von Sachkundigen dem Reich allein für den Bedarf von Leder einige Hundert Millionen Mark mehr abgenommen seien, als wenn das für den Heeresverbrauch geeignete Leder von vornherein zu einem vernünftigen Preise beschlagnahmt wäre. Rechtzeitige Beschlagnahme und Festsetzung auskömmlicher Höchstpreise würden überhaupt ein gutes Mittel gegen die Preistreiberien auf dem Nahrungsmarkt gewesen sein. Wenn dieser Weg nicht von vornherein eingeschlagen ist, so muß das zum Teil wenigstens darauf zurückgeführt werden, daß über die Wirkung eines modernen Krieges vom gegenwärtigen Umfang auf die Preisbildung keine ausreichende Erfahrung

vorlag, man in der ersten Kriegszeit auch die Verhältnisse zu wenig übersehen konnte und sich scheute, so energisch in das private Wirtschaftsleben staatlich einzugreifen, wie das notwendig gewesen wäre, um spätere Uebel zu verhüten.

Wenn es so möglich war, daß an Kriegslieferungen und auf dem Lebensmittelmart Kriegsgewinne erzielt wurden, so ist es natürlich, daß man wünscht, das Reich möge wenigstens einen kleinen Teil dieser Gewinne seiner Kasse auf dem Wege der Besteuerung wieder zuführen. Im „Preussischen Verwaltungsblatt“ macht Regierungsrat Dr. Moll (Düsseldorf) den Vorschlag, zu den einzelstaatlichen Einkommensteuern ein besonderes Deklarationsgesetz für Kriegsgewinne zu schaffen. Er ist überzeugt, daß auf diesem Wege rückwirkend auf das Steuerjahr 1915 alle größeren Gewinne der Kriegslieferanten, ebenso die Vergütungen der Vermittler, Agenten, besondere Gehaltszahlungen, Trinkgelder aller Art usw. steuerlich erfasst werden können. Uebrigens wollen die Heereslieferanten eine sich über das ganze Reich erstreckende Vereinigung bilden, um sich in der Gründung einer „Invalidenfürsorge“ eine Art Selbstbesteuerung aufzuerlegen. Sie wollen auf je 1000 M. Kriegslieferung eine Mark steuern. Natürlich kann diese sehr unglückliche Selbstbesteuerung die allgemeine Forderung nach einer Heranziehung der Kriegsgewinne nicht zum Schweigen bringen. Um so weniger, da selbst das kleine Dänemark bereits eine derartige Steuer einführt, indem es alle Einkommen einer Sondersteuer unterwirft, deren Zuwachs in diesem Jahre mehr als 10 000 Kronen beträgt. Das wird dort als ganz gerechtfertigt anerkannt; natürlich nicht von manchen Leuten, die zahlen müssen. In Bremen wird eine derartige Steuer jetzt von Senat und Bürgerschaft beraten. In England und Frankreich haben die Regierungen entsprechende Vorlagen ausgearbeitet. Wer im Kriege Einkommen und Vermögen beträchtlich steigern konnte, der sollte sich auch nicht weigern, in besonderer Weise zu den größeren Kosten beizusteuern, die uns der Krieg aufbürdet.

Gegen einen solchen Vorschlag wird kein Willigdenkender etwas einzuwenden haben. Auf die Steuerfrage zu geben, ist wahrlich keine angenehme Beschäftigung. Wie die Verhältnisse aber liegen, wird der Weg beschritten werden müssen, namentlich da den ärmeren Schichten der Bevölkerung bei der voraussichtlich auch nach dem Kriege noch eine Weile anhaltenden Leuerung allzu schwere Lasten nicht aufgebahrt werden dürfen.

Wichtig für die Beurteilung der ganzen Frage ist natürlich die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege. Man kann darüber die verschiedensten Meinungen hören. Sehr interessant ist die Auffassung, welche die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ kürzlich zum Ausdruck brachte. Das Blatt wendet sich entschieden gegen die Schwarzseherei auf wirtschaftlichem Gebiete und weist die Befürchtung zurück, daß Deutschland durch den Krieg auf dem Weltmarkt verdrängt oder auch nur zurückgedrängt würde. Man könne vielmehr sicher darauf rechnen, daß nach dem Kriege ein neuer Aufschwung eintreten werde. Diese Ansicht wird durch ein reichhaltiges Material begründet, dessen Zusammenfassung folgendes ergibt:

1. daß nicht etwa nur die industrielle Tätigkeit Deutschlands, sondern diejenige aller anderen Länder unter dem Einfluß des Krieges gelitten hat, diejenige Englands sogar noch mehr als die Deutschlands, da unsere Industrie sich infolge der ihr innewohnenden Anpassungsfähigkeit schneller in die veränderten Verhältnisse gefunden hat als die englische. Von einer Kräftigung, die die Industrien der feindlichen Staaten während des Krieges gegenüber denjenigen Deutsch-

lands erfahren haben sollen, kann also in Wirklichkeit nicht die Rede sein;

2. daß die Einfuhrfähigkeit in den hauptsächlichsten überseeischen Absatzländern unter dem Einfluß des Krieges eine starke Einschränkung erfahren hat und ein größerer Bedarf auch heute noch besteht, und daß es infolgedessen auch der feindlichen Konkurrenz nur in einem ganz bescheidenen Maße möglich gewesen ist, deutsche Waren durch eigene zu ersetzen;

3. daß die feindlichen Länder mehr auf den deutschen Markt angewiesen sind als umgekehrt und wir demzufolge auch keine Beschränkungen zu begen brauchen, daß unsere Feinde sich etwa den deutschen Industrierzeugnissen verschließen werden, ganz abgesehen davon, daß wir nach dem Stände der Kriegsoperationen auf eine vollständige Ueberwindung unserer Feinde hoffen dürfen und dann in der Lage sein werden, auch in bezug auf die Ausgestaltung des Handelsverkehrs unsere Bedingungen vorzuschreiben;

4. daß die finanzielle Lage in Deutschland nach dem Kriege besser sein wird als diejenige der feindlichen Staaten, und daß infolge neuer Kapitalbildung aus den Kriegsanleihen des Reiches heraus auch für die Bedürfnisse des Handels und der Industrie genügend flüssige Mittel vorhanden sein werden, selbst wenn Deutschland eine Kriegsentchädigung, auf die wir nach Lage der Dinge doch wohl rechnen dürfen, nicht erhält.

Danach wäre also eine grundlegende Veränderung in dem Verhältnis der deutschen Industrie zu ihrer Konkurrenz in den anderen Ländern nicht zu befürchten. Im Gegenteil, gerade dem neutralen Auslande seien während des Krieges die Augen geöffnet worden über die gewaltige Ueberlegenheit so mancher Zweige der deutschen Industrie gegenüber ihren Konkurrenten. Von der Hand weisen lassen sich diese Argumente nicht. Wir wollen nur im Interesse einer geordneten Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens wünschen, daß die „Arbeitgeber-Ztg.“, mit der wir ja sonst sehr selten übereinstimmen, in diesem Falle recht behält, und daß man auch in den hinter ihr stehenden Kreisen sich viel mehr als bisher bemüht wird, daß für die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und für ihren Wettbewerb auf dem Weltmarkt eine intelligenz- und kräftige Arbeiterschaft die Vorbedingung ist, der man künftig die bisher verfatte Gleichberechtigung nicht länger vorenthalten darf.

Not macht erfindlich.

(Schluß.)

Der Wissenschaft der Technik, der Organisation sind durch den Krieg Aufgaben von nie geahnter Bedeutung gestellt worden. Aufgaben stellen heißt aber Kräfte sammeln, sie anspornen und entfalten. Im Ernährungsweien wird uns dieser Krieg sicher einen Schritt vorwärts bringen, in der Klärung der Nährgehalte der einzelnen Speisen, ihrer Zusammensetzungen, ihrer zweckmäßigen Ausnutzung. An Stelle fehlender Rohstoffe müssen Ersatzstoffe geschaffen, vorhandene Stoffe viel vollkommener ausgenützt werden. Dazu sind vielleicht besonders chemische Mittel, neue Maschinen nötig. Wir mögen daraus ersehen, daß die erste Folge des Krieges eine viel regere Inlands-wirtschaft sein wird: Inlandsbezeugung und Inlandsverbrauch.

Neben der Technik, der medizinischen Wissenschaft und der Ernährungsfrage wird besonders die Nationalökonomie durch den Krieg befruchtet werden. Die früher mit so heiligem Eifer umstrittene Frage des Schutzolles und Freihandels wird nach dem Kriege in eine andere Beleuchtung kommen und einer erneuten Prüfung unterworfen werden müssen. Andererseits wird die Landwirtschaft es sich vielleicht gefallen lassen müssen, vom

Staatsvorschriften zu erhalten über die Arten des anbaubaren Getreides, der besten Fruchtfolge usw. Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten werden darauf bedacht sein müssen, daß die Erntestatistik auf eine äußerst zuverlässige Grundlage gestellt wird, daß nach dem Ausdeutschen genaue Angaben über die vorhandenen Vorräte gemacht werden. An einem bestimmten Zeitpunkt müssen die Angaben gemacht sein. So würden wir eine von Sachverständigen bearbeitete Statistik über die Getreidevorräte und nötigenfalls Lebensmittel erhalten, die uns klipp und klar Auskunft über die Versorgung mit Brot geben könnte. Also an Stelle der früheren Schätzungen, unzuverlässige Statistiken! Ein Fortschritt der von sachkundigen Wirtschaftsforschern schon lange gefordert wurde.

Für unser nationales Wirtschaftsleben ergeben sich noch andere Lehren aus dem Krieg. Mehr Vorsicht in der Anlage von Geld im Ausland! Vor dem Kriege lehrte man, daß es gut sei, wenn alle Banken, besonders aber die Zentralnotenbank, Goldvorräte auf das Ausland vorrätig habe. Bei Ausbruch des Krieges stellten sich aber Konsequenzen dar, die erhofften Wirkungen dieser Wechsel ein. Diese Papiere schwanden ganz gewaltig im Werte. Was aber viel wichtiger ist: Weder in London, noch in Paris, noch in Petersburg wurden deutsche Wechsel eingelöst. Ja, diese Länder stellten die Zahlung an das feindliche Ausland unter schwere Strafen. Notgedrungen mußten wir das gleiche tun. Die im feindlichen Ausland angelegten Vermögenswerte gehen vielleicht durch den Krieg verloren. Sollte dies nicht der Fall sein, dann liegen sie meistens brach, und zwar zu einer Zeit, wo wir sie am nötigsten gehabt hätten. Auch hierin wird der Staatsgenoss in Zukunft ein Wort bleiben, insbesondere darüber zu machen, daß nur die Gelder ins Ausland fließen, die wirklich überflüssig sind. Dazu hat der Staat ein Recht: denn die Banken verwalteten das Geld ihrer Aktionäre, ihrer Einleger. Sie sind häufig gar nicht imstande, selber ihre Interessen in der wirksamsten Weise wahrzunehmen. Als höchste Instanz mag der Staat darüber wachen, daß nur Entbehrliches ins Ausland fließt.

Mehr Freiheit den Organisationen! Das wird eine andere Lehre aus dem Kriege sein. Fast ausnahmslos haben sich die Organisationen in den vaterländischen Dienst gestellt. Bei solcher Opferfreudigkeit, solchem Gemeinfinn muß jedem wahren Vaterlandsfreunde das Herz höher schlagen. Mit welchem Pflichtgefühl sind diesmal die Truppen ausgerückt! In den Organisationen war dieser Geist herangezogen worden. Ordnungssinn, Unterordnung unter ein höheres Ziel, sein eigenes Interesse auf gewisse Zeiten zurückstellen, das alles lehrte und lernte man in den Berufsorganisationen. Dieser Geist schwebte unsichtbar mit in den Krieg. Da wird die Ausaat der Berufsverbände ihre Früchte tragen. Für Pflichttreue und Pflichtgefühl etwas mehr Freiheit! Sie setzt sich auch zudem wieder so um, daß die Allgemeinheit daran Freude hat.

Der Krieg lüftet den Schleier und zeigt die einzelnen Länder in ihrer wahren Gestalt. Wie viele haben nicht von England als dem Land der guten Sitte, der Freiheit und des Fortschrittes gesprochen und dabei etwas wehmützig unserer eigenen Verhältnisse gedacht! Wer aber möchte heute diesen Standpunkt aufrecht erhalten? Die Engländer haben sich in dieser kurzen Zeit sicher nicht so verändert, wie wir sie heute ansehen. Wie sich im privaten Leben der Mensch in seiner wahren Gestalt oft dann am besten zeigt, wenn er mit einem anderen in Streit gerät, so ist es auch im Leben der Völker. Der Schleier fällt und die dahinterstehende Figur enttäuscht. Enttäuschungen aber stimmen bitter. Man weiß da nicht recht, soll man den Gegner anklagen oder sich selber. Hat jener einen Schleier über sich gezogen, oder war unser Blick getrübt? Vielleicht war beides der Fall. Das Sehnen nach Freiheit ist im Menschen stark verankert, und in diesem Drange nimmt er leicht die Form für die Sache selber, täuscht sich über den Kern, weil ihn die in die Augen fallende Hülle bestrahlt. Wirkliche Freiheit und Kulturfortschritte sind im Leben der Völker aber nur möglich, wenn jeder Beteiligte gewillt ist, auf die Interessen des anderen Rücksicht zu nehmen, sich mit ihm zu verständigen, von der eigenen Macht einen höchst weisen Gebrauch zu machen. Ein Gegner, der bewußt täuscht, hinterherum steht, nach außen aber den Hiebmann herauskehrt, mit dem kann man sich schwer verständigen, bei dem ist die Freiheit nur ein Dekament für seine geheimten Pläne. Wie sich im einzelnen diese Dinge verhalten, kann hier nicht entschieden werden; es ist aber sicher, daß der Krieg Wechsel, Mißgunst und Neid ent-

larbt hat, Wahrheitsbringer geworden ist und auch das mag Gewinn sein.

Bei uns zu Hause ist der Krieg nicht minder klärer geworden. Wir haben die herrlichste Opferfreudigkeit und die schönste Gewinnlust, letztere glücklicherweise nicht so oft, gesehen. Auf vieles, was uns unentbehrlich erschien, lernten wir verzichten. Die Not lehrte uns, einmal unser Verhältnis zur Gesamtheit zu erwägen, zu prüfen, was wir ihr schulden für das, was sie uns gegeben hat, was wir ihr noch zu geben haben, damit sie uns wieder mit neuen Gaben bedenken kann. Aus dem ich hat uns der Krieg herausgehoben und ausgerufen: Was bist Du Einzelwesen für Dich allein. Wenig, sehr wenig! Du bist nur in einer Gesamtheit etwas, kannst Dich entwickeln und entfalten, etwas vorstellen und etwas sein. Wie steigt jetzt die landwirtschaftlich benutzbare Bodenfläche im Ansehen, der Landwirtschaftsbetrieb überhaupt? Jetzt, wo wir energisch haushalten müssen, wird uns die Bedeutung der Landwirtschaft klarer. Im gesamten hat schon jetzt ein großer Wechsel stattgefunden: Vorurteile sind besserer Erkenntnis gewichen. Wir sind energischer, genauer, gewissenhafter geworden. Wenn einmal später die Bitterkeit aus diesem Kriege abgestreift sein wird, wird auch die kulturelle Entwicklung einen Rückwärts gemacht haben.

Der isolierte Staat brachte aber nicht nur neue wirtschaftliche und technische Errungenschaften, sondern auch soziale und kulturelle. Hermann Bahr, der österreichische Dichter, nannte diese Errungenschaften "Kriegsregeln". Aus dem Krieg sollen wir uns einen Segen holen und ihn festhalten juchzen. Eine wahre Flut von Feinden ist über uns gekommen. Die Folge war eine Erstarkung des Zusammengehörigkeitsgefühles, größerer Gemeinfinns und ein feineres Gerechtigkeitsgefühl. Wer hat im Laufe des Krieges nicht schon einmal im Geiste wenigstens dem oder jenem abgeben, eine Meinung als irrig gefunden oder sich fester mit dem Deutschtum verbunden gefühlt? Wenn der erstarkte Gemeinamtsfinn nichts anderes brächte als größere Duldsamkeit den anderen Anschauungen gegenüber, so wäre dies ein nicht geringer Gewinn. Zu wünschen wäre auch mehr Verständnis der einzelnen Erwerbszweige, Beamtenkategorien, Angestellten und Arbeiter untereinander. Auch hierin sind gute Ansichten vorhanden, und das Gute daran ist festzuhalten.

Für die Kriegsteilnehmer selber muß es eine hohe Befriedigung sein, zu hören, wie daheim mit der Sorgfalt und Umsicht eines ordentlichen Hausvaters gewirtschaftet wird, wie die größten Anstrengungen gemacht werden, um durchhalten zu können, bis alle Gefahr vorüber ist. An die Höchstleistungen unserer Krieger wollen wir wirtschaftliche, soziale und kulturelle Höchstleistungen anschließen.

F. A. W.

Ministerialerlaß zur Kriegsinvalidenfürsorge in Preußen.

Am 15. Juni erschien in der „Nordb. Allg. Ztg.“ folgender Ministerialerlaß, der die Regierungsbehörden anweist, den Zusammenhang zwischen den einzelnen Organisationen herzustellen, die sich zum Zweck der Uebernahme der Kriegsinvalidenfürsorge gebildet haben, sowie für ein einheitliches Vorgehen in allen Landesteilen zu sorgen und die gewonnenen Erfahrungen an anderen Stellen nutzbar zu machen.

I.

Im Interesse einer erfolgreichen Arbeit auf dem Gebiete der Fürsorge für die Kriegsinvaliden erscheint es räumlich nicht zu groß gewählten Bezirken eine dauernde Zusammenfassung aller staatlichen und freien Kräfte erwünscht, die für die Lösung der Aufgabe in Betracht kommen und sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellen. Als Bezirk empfiehlt sich die Provinz.

Den in den einzelnen Provinzen bisher entstandenen Organisationen ist gemeinsam, daß sie unter dem führenden Einfluß der ersten staatlichen und kommunalen Beamten stehen. Sowohl dort, wo die Fürsorge für die Kriegsinvaliden auf den Provinzialverband als solchen übernommen ist, was außer in der Provinz Brandenburg bisher in den Provinzen Westpreußen, Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz der Fall ist, als auch andersorts, wo sich eine freiere Organisation gebildet hat, ist außerdem entscheidender Wert darauf zu legen, daß auch andere Behörden, Vereine, Verbände zur gemeinsamen Arbeit herangezogen werden.

Unter den zur Mitwirkung berufenen Behörden seien hier vor allem die Generalkommandos genannt, die durch meinen, des Kriegsministers, Erlass vom 11. März d. J. — 946. 3. 15. C 3 — erteilt worden sind, diese Angelegenheit mit allen

ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Die Generalkommandos werden dadurch, daß sie fortlaufend über die getroffenen Maßnahmen und über ihre Erfolge unterrichtet werden, in die Lage versetzt, die Chefärzte der Lazarette, die Ersatztruppenteile und die Bezirkskommandos mit den notwendigen Weisungen für ihre Mitwirkung zu versehen. Wir legen ferner Wert darauf, daß die Regierungspräsidenten sich mit der Tätigkeit der Fürsorgeauschüsse in dauernder Fühlung halten.

Neben die Behörden treten als notwendige Teilnehmer an der Fürsorgearbeit die gesellschaftlichen Vertretungen von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, die Organe der Arbeiter- und Angestelltenversicherung sowie der nicht gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung. Auch Vertreter der Ärzteschaft (Ärztekammer) sind zur Mitarbeit berufen.

Auf die so gekennzeichneten Voraussetzungen einer wirksamen Organisation ist in der Provinz Brandenburg Rücksicht genommen, wo zur Unterstützung und Beratung des Landesdirektors ein Beirat (Brandenburger Landesbeirat für Kriegsbeschädigtenfürsorge) berufen wird, dem nach Bedarf Vertreter aus den genannten Kreisen angehören sollen. In der Rheinprovinz tritt dem Landeshaupmann ein entsprechend zusammengesetzter Tätigkeitsausschuß zur Seite. In Westfalen, wo abweichend von den beiden vorgenannten Provinzen die Fürsorge auf den Provinzialverband als solchen noch nicht übernommen ist, ruht die Tätigkeit bei dem Ausschuss für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Westfalen, der bei üblicher Zusammenlegung unter der Leitung des Landeshaupmanns steht.

Für die Frage, wie der zur Uebernahme der Arbeit auf diesem Gebiete berufene Ausschuss zusammengesetzt sein soll, ist also der Umstand, ob die Fürsorge eine ordnungsmäßig übernommene Aufgabe des Provinzialverbandes ist oder nicht, nicht von entscheidender Bedeutung. Leitender Gesichtspunkt ist überall, daß alle Kräfte, die sich in nachhaltiger Weise mit der Fürsorge befassen, sich ohne Rücksicht auf Konfessionen oder Parteizugehörigkeit zu einer möglichst wertvollen Arbeit in dem Ausschuss zusammenfinden und daß Berpflichtungen vermieden werden. Im einzelnen ist noch folgendes zu bemerken:

Sehr wertvoll wird überall die Mitwirkung der Organe der freiwilligen Krankenpflege, insbesondere des Roten Kreuzes sein. Von hier aus wird zwar Führung mit den zentralen Organisationen der freiwilligen Krankenpflege gehalten, es liegt indes im Wesen der Dezentralisation, daß die zu leistende Mitarbeit an derjenigen Stelle erfolgt, auf welche dezentralisiert ist. Dementsprechend wird die Mitarbeit der Freiwilligen dieser Organisationen zunächst in den einzelnen Fürsorgebezirken sicherzustellen sein.

Auch insoweit, als noch eine Reihe weiterer Organisationen sich mit der Invalidenfürsorge befassen, muß es Aufgabe der Fürsorgeauschüsse sein, deren Zweigstellen zur Mitarbeit heranzuziehen. Von hier aus wird stets darauf hingewiesen werden, daß die eigentliche Fürsorgearbeit in der Provinzialinstanz zu leisten ist.

Von besonderer Bedeutung erscheint die Zuziehung der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter. Die Arbeitgeber haben bereits, so z. B. durch den Beschluß der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, betreffend die Fürsorge für verstümmelte Kriegsinvaliden, sowie durch die kürzlich bekanntgegebenen Kriegseisätze des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, ihre Bereitwilligkeit bekundet, die Kriegsinvaliden in weitgehendem Maße in ihre Betriebe wieder einzustellen. In diesem Sinne zu wirken, wird eine bedeutsame und jegensreiche Aufgabe namentlich der Vertreter der Arbeitgeber im Fürsorgeausschuß sein. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden andererseits das dem Ausschuss gemeinsame Ziel in wertvoller Weise dadurch fördern können, daß sie in den Kreisen der Arbeiterchaft die Erkenntnis verbreiten helfen, daß nach dem heutigen Stande der Wissenschaft die Kriegsinvaliden in weitem Maße wieder zu voll erwerbsfähigen Arbeitsgenossen hergestellt werden können und daß sich daher, von allen anderen Erwägungen abgesehen, unter dem Gesichtspunkte der Einwirkung auf die Wohnhöhe kein berechtigter Grund gegen ihre weitere wirtschaftliche Beteiligung erheben läßt. Für alle am Wirtschaftsleben unmittelbar Beteiligten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter, bietet sich in der Fürsorge für die Kriegsinvaliden ein Boden gemeinschaftlicher Arbeit, auf dem sie sich im Wirken für ein hohes moralisches und vaterländisches Ziel uneingeschränkt von sonst bestehenden Gegensätzen zusammenfinden können.

Der örtliche Ausbau der Organisation wird am zweckmäßigsten nach Brandenburgischem Muster

in der Weise erfolgen, daß die einzelnen Stadt- und Landkreis Unterausschüsse einleihen, die in ständiger Fühlung mit der Provinzialinstanz und mit der von dieser für erforderlich erachteten Selbstständigkeit oder Abhängigkeit die lokale Fürsorgearbeit verrichten. Auch diese Unterausschüsse sind zweckmäßig mit Beiräten auszustatten, deren Zusammensetzung sich unter Anlehnung an die für den provinziellen Beirat maßgebenden Grundzüge nach den örtlichen Verhältnissen zu richten hat. Die Eintragung von Unterausschüssen in einzelnen kreisangehörigen Ortschaften ist dem Bedürfnis anzupassen.

II.

Für die Frage der Kostentragung kommt in erster Linie der Gesichtspunkt in Betracht, daß die Versorgung der Invaliden über die Selbstverwaltung und die Rentenverwaltung hinaus als Sache des Reiches angeprochen werden kann, und daß das Reich auch grundsätzlich bereit ist, nach seinen Kräften mitzuwirken. In welchem Maße dies der Fall sein kann, wird indes in nächster Zeit noch nicht zu übersehen sein. Das Einsetzen der Hilfsaktion kann bis zu dem Zeitpunkt der Entscheidung hierüber keinesfalls hinausgeschoben werden. Darum ist es mit Dank zu begrüßen, daß die Provinzialverbände mehrfach, wenn auch unter dem Vorbehalt der Kostenerstattung, die vorläufige Kostenlast auf sich genommen haben. Auch dort, wo die Provinzen nicht als solche Träger der Fürsorge sind, werden sie sich bereitfinden lassen, ihre finanzielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. In Westfalen ist dies bereits geschehen. Nicht nur durch Ueberweisung von Mitteln, sondern auch durch Naturalleistungen mit Hilfe ihrer Einrichtungen und Anstalten sind die Provinzen zur Förderung der Fürsorge in der Lage. Neben diese Leistungen tritt die finanzielle Mithilfe der Versicherungsträger. Außerdem wird es möglich sein, freiwillige finanzielle Kräfte für die gute Sache nutzbar zu machen. Bei der großen Opferfreudigkeit, die auf allen Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege hervorgetreten ist, und dem besonderen Interesse, dem gerade die Invalidenfürsorge in den westlichen Kreisen begegnet, kann es nicht schwer fallen, so erhebliche Mittel dafür zusammenzubringen, daß an der Finanzfrage irgendwie notwendige Maßnahmen niemals scheitern können. Welchen Umfang die Kosten annehmen werden, läßt sich im voraus in keiner Weise bestimmen. Es fehlt an Erfahrungen, die erst gesammelt werden müssen. Als finanziellen Grundstock werden wir voraussichtlich schon in der nächsten Zeit in der Lage sein, einen aus Reichsmitteln stammenden Betrag den einzelnen Provinzialorganisationen zu überweisen.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Berlin, den 2. Juli 1915.

Unser Gewerbeverein der Deutschen Textilarbeiter läßt durch seinen Hauptvorstand eine Uebersicht über die Leistungen der Organisation im Jahre 1914 veröffentlichten. Bekanntlich gehört die Textilindustrie mit zu denjenigen Gewerben, die unter dem Kriege am meisten gelitten haben. Dazu kommt, daß das Jahr 1914 ohnehin unter dem Zeichen einer Krise stand und schwere Arbeitskämpfe — wir erinnern nur an die Niederlausitz — zur Folge hatte. Trotzdem hat der Gewerbeverein der Textilarbeiter seinen Mitgliedern gegenüber mehr geleistet als in Friedenszeiten. Allein aus der Gewerbevereinskasse wurden an Unterstützungen der vertriebslosesten Art 53 363,09 Mk. gezahlt. Dazu kommen an Unterstützungen aus den Lokalkassen noch 9798,29 Mk. Die Krankenkasse gewährte an Krankengeld 32 671,84 Mk. Die Begräbniskasse 3450 Mk. Insgesamt betrug demnach der Aufwand an Unterstützungen 99 274,22 Mk. Das ist eine ungeheure Summe, die nur den Mitgliedern zugute gekommen ist.

Trotzdem war es möglich, am Ende des Jahres in den Hauptkassen ein Vermögen von 43 839,97 Mk. in den Lokalkassen von 9500 Mk. aufzuweisen, so daß sich der Vermögensbestand des Gewerbevereins am Anfang dieses Jahres auf 52 839,97 Mk. belief. Die Ortsvereinsvorstände und die Mitglieder haben danach alle Ursache, dieses Zahlenmaterial zur Agitation für den Gewerbeverein zu verwenden. Die Kleinmütigen und Boghaften müssen aufgerüttelt werden, damit die Rücken in den Reihen der Mitglieder wieder gefüllt und auch die Hauptkasse durch Zahlung regelmäßiger Beiträge wieder gestärkt wird. Nur so ist es möglich, die tegensreiche Tätigkeit des Gewerbe-

vereins auch für die Zukunft sicherzustellen. Jedes überzeugte Mitglied muß dazu seine Hand bieten!

Das Schicksal des preussischen Wohnungsgesetzes. Durch den gegen den Wunsch des preussischen Abgeordnetenhauses erfolgten Schluß des Landtags ist außer andern in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfen auch der eines Wohnungs-gesetzes unter den Tisch gefallen. Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm jedoch einen Antrag an, in dem die königliche Staatsregierung erucht wird, dahin zu wirken, daß, nachdem es durch den Schluß des Landtages nicht möglich geworden ist, das Wohnungs-gesetz zustande zu bringen, alsbald ein neuer Entwurf vorgelegt wird, durch den insbesondere der Bau von Kleinwohnungen zwecks Verhütung sozialer Notstände und Hebung des Baugewerbes gefördert wird.

„Gegen die Sonderbündelei“ wendet sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an leitender Stelle der letzten Nummer ihres „Correspondenzblatt“. Den Anlaß zu dieser Kundgebung hat die Tatsache gegeben, daß eine Anzahl von Gewerkschaftsfunktionären, zum Teil recht untergeordneten Ranges, ein Schriftstück an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit unterzeichnet haben, in welchem diese zur Umkehr in ihrer bisherigen Kriegspolitik aufgefordert werden. Die betreffenden Gewerkschaftsfunktionäre haben dabei nicht nur ihren Namen untergeschrieben, sondern auch ihren Titel hinzugefügt. Darin erblickt die Generalkommission einen Mißbrauch ihres Vertrauenspostens, weil dadurch der Anschein erweckt würde, als stände die Organisation, als deren Vertreter jene Funktionäre sich in dem Rundschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Es wäre traurig um die Arbeiterchaft Deutschlands bestellt, so heißt es in dem Artikel, wenn das jemals der Fall sein könnte.

„Es handelt sich bei diesem Rundschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Umtriebe der deutschen Arbeiterorganisationen. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will.“

Die Kundgebung der Generalkommission schließt mit folgenden Sätzen: „Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen.“

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Bänderung der eintretenden Not einbringen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.“

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daran setzen werden, die Gefährlichkeit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.“

Man darf gespannt sein, welche Wirkung die Generalkommission mit ihrer Mahnung erzielt.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai wird im „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt geschildert: In der Mehrzahl der Industrien war der Geschäftsgang auch im Mai durchaus befriedigend. Besonders gilt das für Unternehmungen, welche mittelbar oder unmittelbar für Heereszwecke arbeiteten. Manche Betriebe konnten die Aufträge nur mit Anspannung aller Kräfte und unter Leistung von Ueberstunden, doppelten und dreifachen Schichten bewältigen. Eine wesentliche Änderung gegenüber dem Vormonat ist im allgemeinen nicht eingetreten, bemerkenswert ist jedoch die überall bemerkbare Entlastung des Arbeitsmarktes für weibliche Beschäftigte.

Die Berichte der einzelnen Verbände und Unternehmungen zeigen, daß im Vergleich der Abjah unverändert gut war. Auch die Eisen- und Maschinenindustrie war durchschnittlich ebenso lebhaft beschäftigt wie im Vormonat. Dasselbe gilt für die elektrische Industrie, soweit sie, wie dies in großem Umfang geschieht, Kriegsgut herstellt. Gleichfalls befriedigend war

die Lage der Spinnstoffgewerbe mit Ausnahme gewisser Spezialgewerbe, z. B. der Seidenindustrie. Uneinheitlich lagen die Verhältnisse in einigen anderen Gewerben, wie der chemischen und der Holzindustrie. In den Industrien, die über guten Geschäftsgang zu berichten haben, gehören auch einige Zweige der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, z. B. die Bierbrauerei und die Zigarrenfabrikation. Im Baugewerbe, das schon vor dem Kriege einen unbefriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte und dessen Lage durch den Krieg zunächst noch weiter verschlechtert worden ist, machte sich im Berichtsmontat in einzelnen Städten infolge der öffentlichen Bautätigkeit eine gewisse Besserung bemerkbar, die auch stellenweise in einer Steigerung der Zahl der Beschäftigten zum Ausdruck kam.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Juni eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem Anfang des Vormonats gegenüber um 68 279 oder 1,41 v. H., dagegen eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 31 938 oder 0,92 v. H.; die Gesamtzahl der Beschäftigten hat mithin nur um 36 341 oder 0,44 v. H. abgenommen. Der Rückgang war also nur sehr gering und geht im wesentlichen auf Einberufungen zum Landsturm zurück.

Die Arbeitslosigkeit hat sich, wie in den Vormonaten, auch im Mai der Anzahl nach weiter verringert. Die Verhältniszahl ist dieselbe geblieben wie im Vormonat; denn von den 1 097 Millionen Mitgliedern, über welche 35 Fachverbände für den Mai berichteten, waren 2,9 v. H. gegen 2,9 v. H. im Vormonat arbeitslos. Daß die Stellenlosigkeit gegenwärtig nur unwesentlich größer ist als zu Friedenszeiten, zeigt ein Vergleich mit dem Mai 1914, in welchem 2,8 v. H. arbeitslos waren. Wie bedeutend die Besserung in den letzten Monaten war, ergibt sich daraus, daß zu Beginn des Jahres noch 7,2 v. H. Arbeitslose gezählt wurden.

Aus der Statistik der Arbeitsnachweise geht hervor, daß sich im Verhältnis der Arbeits-suchenden zu den offenen Stellen bei den Frauen eine Besserung vollzogen hat, während bei den Männern die Lage unverändert geblieben ist. Auf 100 offene Stellen entfielen nämlich im Berichtsmontat bei den Männern 99 Arbeitsuchende (gegen 100 im April), bei den Frauen 168 Arbeitsuchende (gegen 165 im April). Gegenüber dem Mai 1914 ist der Andrang zu den Arbeitsnachweisen bei den Männern bedeutend schwächer, bei den Frauen stärker geworden.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Schlesien, Sachsen, Anhalt, Bayern, Württemberg und für männliche Arbeiter auch in Hamburg nicht wesentlich verändert. In Berlin und Brandenburg zeigte sich beim männlichen Personal und in schwächerem Grade auch auf dem Arbeitsmarkte für weibliche Angestellte ein Rückgang ebenso an offenen Stellen wie an Stellen-suchenden. Die Gesamtzahl der Vermittlungen ging zurück. In Pommern machte sich vielfach sowohl beim Angebot wie bei der Nachfrage ein Rückgang bemerkbar; in Stettin ist eine gewisse Besserung des Arbeitsmarktes eingetreten. In Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe hat die günstige Entwicklung der gesamten Arbeitsmarktsverhältnisse weitere Fortschritte gemacht. Der Monat Mai war der bisher günstigste seit Ausbruch des Krieges. Das ist in erster Linie auf die erfreuliche Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Angestellte zurückzuführen. Das Angebot an offenen Stellen für Frauen war 3 bis 4 mal so groß wie die Zahl der Stellensuchenden. In Schleswig-Holstein ist nur eine ganz unwesentliche Verschlechterung der günstigen Gesamtlage des Arbeitsmarktes eingetreten. In Westfalen hielt die große Nachfrage nach Arbeitskräften an, es meldeten sich aber nur verhältnismäßig wenig Arbeitsuchende, so daß die Vermittlungstätigkeit überall bedeutend zurückging. Im Rheinland hat sich das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeitsuchenden zugunsten der Arbeitsuchenden besonders stark bei den Frauen verschoben, doch ist die Lage des Arbeitsmarktes für Frauen immer noch weniger günstig als die des Arbeitsmarktes für Männer. In Baden gleichen sich bei den Männern Angebot und Nachfrage vollkommen aus, die Lage des Arbeitsmarktes war erheblich günstiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den Frauen war die Lage zwar ungünstiger als 1914, hat sich aber im Berichtsmontat gegenüber dem Vormonat gebessert. Auch aus Schlesien und Hamburg wird eine Besserung des weiblichen Arbeitsmarktes gemeldet.

